

Regierungsratsbeschluss

vom 14. August 2012

Nr. 2012/1674

Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) Öffentliches Vernehmlassungsverfahren

1. Ausgangslage

Die Staatskanzlei unterbreitet die Vorlage (Vernehmlassungsentwurf) „Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR)“ zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

- 2.1 Die Vorlage (Vernehmlassungsentwurf) „Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR)“ wird in erster Lesung beraten und beschlossen.
- 2.2 Die Staatskanzlei wird ermächtigt und beauftragt, ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen.
- 2.3 Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 31. Dezember 2012.
- 2.4 Die Staatskanzlei wird beauftragt, die Vernehmlassungsadressaten per E-Mail über das eröffnete Vernehmlassungsverfahren zu informieren.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Vernehmlassungsentwurf

Verteiler

Staatskanzlei (Eng, Stu, Rol) (3)

Departemente (5)

Parlamentsdienste

Amtsblatt (Ste, Publikation Vernehmlassungsverfahren)